

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurden wieder die Stücke zusammengetragen, die schon als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke 1), das ist einstimmig erfolgt, beim Stück Nummer 4), das wird bitte berichtet, aber es steht noch, da war ursprünglich drinnen, dass es ein Grundsatzbeschluss ist, es ist jetzt ein Informationsbericht. Das Stück Nummer 7) gilt als beschlossen, Gegenstimme von Gemeinderat Pacanda, das Stück Nummer 8) gilt als einstimmig beschlossen, ebenso die Stücke 10) und 11).

1) A 8/4-124220/2015

Grazer Straße 45

KG 63108, EZ 1341, Gdst.Nr. .110/2

Verkauf eines 27/586-Anteiles an ■■■■■

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Dem Verkauf des städt. 27/586-Anteiles an der EZ 1341, KG 63108 Andritz, mit der Adresse Grazer Straße 45 an ■■■■■ zu einem Kaufpreis von € 75.000,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, zugestimmt.

Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu

alleinigen Lasten der Käufer. Die Stadt Graz als Verkäuferin hat die Immobilienertragsteuer zu entrichten.

NT 7) Präs. 12335/2003/0051

Verein zur Förderung der
Regionalentwicklung (REV) Graz –
Graz/Umgebung Steirischer Zentralraum
– Vertretung der Stadt Graz im
Regionalvorstand

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im „Regionalvortand – Steirischer Zentralraum“ werden folgende Personen namhaft gemacht:

Mitglieder:

Herr StR. Kurt Hohensinner, MBA
Herr StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç
Herr GR. HR Dr. Peter Piffel-Percevic
Frau GR.ⁱⁿ Ina Bergmann
Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck
Herr GR Ing. Roland Lohr
Frau StR.ⁱⁿ Lisa Rücker

Ersatzmitglieder:

Herr GR. HR DI Georg Topf
Herr GR. Stefan Haberler, MBA
Herr GR. Mag. Klaus Frölich
Herr GR. Christian Sikora
Herr GR. Mag. Gerald Haßler
Frau GR.ⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher
Herr GR. Karl Dreisiebner

NT 8) A 8-18345/2006-108

Universalmuseum Joanneum GmbH

Stimmrechtsermächtigung gemäß
§ 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz
Wechsel im Aufsichtsrat;
Umlaufbeschluss

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Die Vertreterin der Stadt Graz, StR.ⁱⁿ Lisa Rücker, in der Universalmuseum Joanneum GmbH wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss im Sinne der Ausführungen im Motivenbericht folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Abberufung von HR Dr. Ludwig Sik als Aufsichtsrat der Universalmuseum Joanneum GmbH
3. Zustimmung zur Wahl der vom Land Steiermark namhaft gemachten Person in den Aufsichtsrat der Gesellschaft.

2. NT 10) Präs. 011670/2003-13

Informationstechnik Graz GmbH – ITG;
Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat
- Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Herrn GR. Peter Mayr wird Herr Dominik Neumann, MBA, als Vertretung der Stadt Graz im Aufsichtsrat der Informationstechnik Graz GmbH- ITG nominiert.

3. NT 11) A 8-18872/2006-123

Energie Graz GmbH

Ermächtigung des Vertreters der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz;
Umlaufbeschluss

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Energie Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüschi, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Weg gemäß § 34 GmbHG
2. Abberufung von Mag. Dr. Gert Roman Heigl, geb. 21.5.1964, Körösisstraße 61, 8010 Graz, als Geschäftsführer der Energie Graz GmbH per 31.3.2016
3. Bestellung von DI Boris Papousek, geb. am 2.10.1964, Nordberggasse 57a, 8045 Graz, als Geschäftsführer der Energie Graz GmbH mit Wirksamkeit ab 1.4.2016.

Die Tagesordnungspunkte 1), NT 8), 2. NT 10) und 3. NT 11) wurden einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt NT 7) wurde mit Mehrheit (gegen Piratenpartei) angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffel-Percevic

2) A 10/BD-23828/2009-36
A 8-146581/2015-1

Murmaterplan Graz Mitte und Zentraler
Speicherkanal

1. Projektgenehmigung in Höhe von
€ 64.250.000,- in der AOG 2016-2021

2. haushaltsplanmäßige Vorsorge für
€ 11.150.000,- in der AOG 2016

GR. Dr. **Piffi-Percevic**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es handelt sich um das Stück, wie der Bürgermeister angekündigt hat, Murmasterplan Graz Mitte und Zentraler Speicherkanal. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, weil gerade in den letzten Tagen und Stunden legitim jeder informiert und Erklärungen abgibt, aber es auch einiges zu schlichten gilt. Das vorliegende Stück behandelt nicht die Genehmigung oder Genehmigungsfähigkeit des Murkraftwerkes Graz, das ist seit 2014 nach einem umfangreichen Verfahren, das viele Rechtsmittel beinhaltet hat, viele Wortmeldungen im Vorfeld hier im Gemeinderat rechtsstaatlich korrekt und rechtskräftig abgeschlossen worden. Dieses Wasserkraftwerk Graz Mitte (*Tonbandausfall*)... erforderlich ist, deswegen wollen wir den Planungsvorlauf haben, um die Interessen der Stadt bestmöglich zu wahren und abschließend noch einen Punkt, damit auch hier keine Irreführung, die nicht als solche gedacht ist, Andrea Pavlovec-Meixner, aber heute im Flugblatt wieder vorkommt, dass es Folgekosten in der Höhe von 21 Millionen Euro für das Klärwerk Gössendorf zur Folge hätte. Es wurde gestern im Stadtplanungsausschuss, heute, wie ich höre, im Finanzausschuss auch durch den Herrn Stadtrechnungshofdirektor eindeutig klargestellt, so wie bereits im Gemeindeumweltausschuss, dass diese 20 oder 21 Millionen, die in Gössendorf zu investieren sind, nichts mit dem zentralen Speicherkanal zu tun haben, sondern einfach eine Auf- und Nachrüstung aufgrund des Bevölkerungswachstums, den der Bürgermeister eingangs drastisch geschildert hat, ich sehe das sehr positiv. Es sind Herausforderungen damit verbunden, die wir, wenn wir alle zusammenschauen und vorsorglich tätig sind, auch meistern können. Hier haben wir eine Möglichkeit, diese Vorsorge wahrzunehmen und ich ersuche Sie daher, dem Beschlussantrag ihre Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung und des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 iVm § 90 Abs. 4 und § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination der gegenständlichen Ausbaumaßnahmen beauftragt. Die operative Abwicklung obliegt gem. Geschäftseinteilung den jeweiligen Fachabteilungen (Abt. Grünraum und Gewässer, Holding Graz Services – Wasserwirtschaft, Abteilung für Immobilien).
3. Dem beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichts bildenden Kooperationsvertrag zwischen Stadt Graz, Holding Graz und Murkraftwerk Graz Errichtungs- und BetriebsgmbH wird gemäß dem Statut der Landeshauptstadt Graz die Zustimmung erteilt. Die Stadtbaudirektion wird bevollmächtigt, allfällige im Zuge der weiterführenden Verfahrensschritte notwendige redaktionelle Änderungen mit den Vertragspartnern vorzunehmen und nach Vorliegen des endgültigen Kooperationsvertrages diesen dem Bürgermeister zur rechtsgültigen Fertigung zu übermitteln.
4. Die Projektgenehmigung für die Umsetzung des Murmasterplanes sowie für die Errichtung des zentralen Speicherkanals über insgesamt € 64.250.000,-, davon für die Jahre

2016:	€ 11.150.000,-
2017:	€ 19.650.000,-
2018:	€ 19.700.000,-

2019:	€ 11.500.000,-
2020:	€ 1.650.000,-
2021:	€ 600.000,-

wird erteilt.

5. In der AOG 2016 werden die neuen Fiposse

5.85100.050700 „Sonderanlagen, Zentraler Speicherkanal“ (Anordnungsbefugnis: BD) mit	€ 11.000.000,-
5.81500.050700 „Sonderanlagen, Murmasterplan“ (Anordnungsbefugnis: A 10/5) (Deckungsklasse: 10507) mit	€ 150.000,-
6.85100.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ (Anordnungsbefugnis: A8) mit	€ 11.000.000,-

geschaffen, die Fipos

6.81500.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um	€ 150.000,-
---	-------------

erhöht; die Ausweitung des konsolidierten Schuldenstandes 2020 des Hauses Graz um € 63,715 Mio. auf € 1,66 Mrd. (vor Förderungen bzw. zusätzlichen Bedarfszuweisungen) wird genehmigt.

6. Die Projektabwicklung für den Zentralen Speicherkanal erfolgt durch die Holding Graz Services – Wasserwirtschaft entsprechend der Servicevereinbarung und dem Betriebsführungsvertrag. Die finanztechnische Abwicklung erfolgt über den Fremdbuchungskreis 901. Die Projektabwicklung für den Murmasterplan Graz Mitte erfolgt durch die Mag.-Abt. 10/5 – Grünraum und Gewässer.

7. Alle vorstehenden Beschlüsse gelten unter dem Vorbehalt, dass die Murkraftwerk Graz Errichtungs- und BetriebsgmbH bzw. Energie Steiermark AG den Baubeschluss für das Murkraftwerk Graz bis spätestens 31. Dezember 2016 fasst. Sollte dies nicht

der Fall sein, gelten die Projektgenehmigung und die Zustimmung zum Kooperationsvertrag als aufgehoben. In diesem Zusammenhang ist seitens der Holding Graz bei den Vergabeverfahren darauf zu achten, dass etwaige bis dahin bereits erfolgte Ausschreibungen ohne wesentliche Kosten für die Stadt Graz widerrufen werden können.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Wir haben das gestern schon ausführlich im Planungsausschuss diskutiert, es ist am 1. März, das ist nächster Dienstag, der Naturschutzbeirat, wo 44 Fragen zum Zentralen Speicherkanal zur Beantwortung stehen. Ich stelle deshalb seitens der Grünen den Antrag auf Absetzung des Gemeinderatsstückes zum Zentralen Speicherkanal zwecks weiterer Beratungen. Ich bitte um Annahme.

Der Antrag auf Absetzung des Stückes wird mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Wir haben hier ein Stück vorliegen, dass unsere Stadt in Zukunft in dreierlei Hinsicht entscheidend verändern wird. Erstens in ökologischer Hinsicht, zweitens in städtebaulicher Hinsicht und drittens in finanzieller und budgetärer Hinsicht. Dieser Speicherkanal ist untrennbar mit dem Murkraftwerk verbunden und hier hilft alles nichts, ohne dieses Murkraftwerk mitten in der Stadt würden wir diesen Speicherkanal auf viele Jahre hin in die Zukunft noch nicht

benötigen. Es gäbe die Möglichkeit sicher, das wurde auch von Fachleuten hier immer wieder betont, Möglichkeiten, um hier die Mischwässer noch andererseits zu bekämpfen. Dieses Stück hier hat natürlich im Vorfeld für große Aufregung gesorgt, und zwar das Thema Murkraftwerk wird ja schon seit vielen, vielen Jahren diskutiert. Auch dieser zentrale Speicherkanal ist seit vielen Jahren, Peter, bereits in Planung. Im Stadtplanungsamt beschäftigt man sich sehr, sehr intensiv, es ist im Grund genommen alles fertig. Alles das hier ist kein Planungsbeschluss, das ist ein Umsetzungsbeschluss, den wir hier haben. Was mich aber besonders aufregt heute, und das ist oftmals im Grazer Gemeinderat schon geschehen, dass hier ganz, ganz wichtige Beschlüsse innerhalb einer Woche auf dem Tisch liegen und dann beschlossen werden. Wir haben nächste Woche eine Naturschutzbeiratssitzung, die anberaumt wurde, die auch vom Herrn Bürgermeister anberaumt wurde, am 1. März am Dienstag, da gibt es viele Fragen und ich glaube, es ist nur legitim, dass wir vor einer so weit reichenden Beschlussfassung diese Fragen beantworten. Mir ist es völlig bewusst, dass es hier um eine demokratische Entscheidung geht, es wird die Mehrheit geben, dass dieser Speicherkanal und auch dieses Murkraftwerk gebaut werden. Aber ich denke, wie wir mit unseren Beiräten umgehen, wie wir in anderen Dingen mit den Bürgern umgehen, das möchte ich hier wirklich ganz stark kritisieren (*Applaus KPÖ*). Wir haben am Montag Vertreter der Energie Steiermark bei uns im Klub gehabt, wir haben noch einmal gefragt, hat das jetzt irgendwelche Auswirkungen, ob dieses Stück jetzt drei Wochen früher oder später beschlossen wird? Uns hat man gesagt, das ist in diesem Fall momentan völlig egal und es ist für mich aus diesem Grund unverständlich, warum Anträge im Bau- und Raumordnungsausschuss, warum der Antrag im Finanzausschuss und warum jetzt ein Antrag von der Kollegin Pavlovec-Meixner hier abgelehnt wird, dass wir hier dem Naturschutzbeirat auf die Fragen Antworten geben können. Das ist die eine Sache, die andere Sache ist einfach die Frage des Budgets. Ich habe heute schon im Finanzausschuss gesagt, mir kommt momentan vor, als ob ein Füllhorn über der Stadt Graz schwebt und wir eigentlich ziemlich problemlos Gelder zur Verfügung haben für viele Projekte. Ich möchte hier noch einmal feststellen, ohne dieses

Murkraftwerk hätte die Stadt Graz mindestens innerhalb der nächsten zehn Jahre diese Ausgaben nicht. Wir haben ÖV-Ausgaben, das heißt, es wird ein Stadtteil Reininghaus bereits gebaut, es wird die SmartCity gebaut, wir haben noch nicht budgetiert die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr. Das heißt, es wird zu dem Ganzen noch dazukommen. Ich frage mich aber auch, es wird Rückstellungen von Projekten geben, kann irgendjemand hier sagen von den Verantwortlichen, man muss sich ja Gedanken gemacht haben, welche Projekte werden aufgrund dieser finanziellen Ausgaben in den nächsten Jahren zurückgestellt werden, wir hätten das gerne gewusst vorher, bevor dieses Projekt hier beschlossen wird. Was die städtebauliche Ansicht betrifft, Planungen können wunderschön sein, sie können zeigen ganz tollen Zugang zum Wasser, das möge alles richtig sein. Aber unserer Meinung nach sind das hier lukrative Grundstücke am Wasser, die Investoren in Zukunft zur Verfügung stehen werden und es wird für die Grazer Bevölkerung nur ein kleiner Teil dessen der Zugang wirklich zum Wasser sein. Ökologisch, denke ich mir, möchte ich gar nichts mehr sagen, es gibt hier Experten, die haben genug gesagt. Wenn hier zwischen 8.000 und 10.000 Bäume geschlägert werden für dieses Kraftwerk und für den Speicherkanal, dann ist das für die Grazer Luft eine Katastrophe, das ist, denke ich mir, einfach (*Applaus KPÖ*), das liegt klar auf der Hand. Es wird bestehende Infrastruktur zerstört, die sehr teuer wieder errichtet werden muss. Es gäbe jetzt einfach sehr, sehr viele Argumente, die dagegen sprechen unserer Meinung nach, der Standpunkt der KPÖ liegt, glaube ich, ist auch hier bekannt bei allen, wir haben uns immer gegen dieses Kraftwerk in der Stadt ausgesprochen, wobei ich aber hier dazusagen muss, wir sprechen uns nicht gegen Wasserkraft aus, aber hier wird ein Riesenbauwerk mitten in der Stadt errichtet, das auf drei bis vier Jahre Graz zu einer Großbaustelle werden lässt. Wir werden diesem Stück aus diesen Gründen die Zustimmung verweigern. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grossmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, verehrte Mitglieder der Stadtregierung, Herr Bürgermeister, liebe Frau Klubobfrau! Bei aller Wertschätzung ist es, glaube ich, doch manches Mal notwendig, Gemeinderatsstücke auch bis zum Ende zu lesen. Und wenn du das Gemeinderatsstück ganz bis zum Ende gelesen hast, dann steht da drinnen ein wichtiger Hinweis der Finanzdirektion, dass sich die Investitionen, die wir heute für diesen zentralen Speicherkanal beschließen, auf den Gesamtschuldenstand der Stadt Graz in der mittelfristigen Finanzplanung auswirken werden und deshalb die Finanzdirektion darauf hinweist, dass keine Bedeckungsvorschläge aus anderen Mitteln, weder aus der Holding, noch aus dem Bereich der Stadt Graz, vorgesehen sind und wir damit sozusagen Investitionen für eine höchst notwendige Maßnahme aus zusätzlichen Investitionsmitteln, die wir aufzunehmen haben, herausholen müssen. Ich verstehe es nicht, muss ich ganz ehrlich sagen, ich verstehe es nicht, wohl verstehe ich es politisch, inhaltlich und sachlich verstehe ich es nicht, dass wir die Diskussion heute über eine Investitionsmaßnahme, wo ich glaube, dass wir nicht zu rasch agieren, sondern dass wir in Wahrheit, wenn wir es genau betrachten, bereits säumig sind, anstatt über diese Fragestellung zu diskutieren, über das vorliegende Gemeinderatsstück, über den zentralen Inhalt, über den wir heute abzustimmen haben und über die Investition diskutieren wir nicht, sondern wir führen eine Stellvertreterdiskussion über eine Fragestellung, die dem Gemeinderat heute überhaupt nicht vorliegt. Ob wir inhaltlich, finanziell, aus welcher Sicht auch immer mit dem Murkraftwerk Graz-Mitte einverstanden sind oder nicht, ich verstehe, dass es hier unterschiedliche Auffassungen geben kann, bei uns gibt es ein klares Bekenntnis zur Wasserkraft, wir wissen, dass also der Strombedarf steigen wird, wir wollen überall in immissionsärmere Motoren investieren, wir wollen sozusagen auch die Mobilität entsprechend mit den Elektromotoren fördern etc. Das wird nicht zu weniger Stromverbrauch führen. Gleichzeitig gibt es natürlich die Notwendigkeit des Stromsparens, aber über diese Diskussion diskutieren wir heute gar nicht, sondern es geht um die Frage eines zentralen Sammelkanals und ich glaube, dass man da ganz

deutlich werden muss, wenn es scheinbar hier die Notwendigkeit gibt dazu. Es ist ein Säumnis der Stadt Graz und eigentlich einer Stadt wie Graz in Wahrheit gar nicht zumutbar, dass wir als Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger dieser Stadt zusehen und zur Kenntnis nehmen, dass bei Starkregen ungeklärt die Abwässer dieser Stadt derzeit in die Mur entladen werden und das ist der zentrale Punkt in dieser Fragestellung (*Applaus SPÖ*), wir nehmen das jetzt schon zur Kenntnis. Aus meiner Sicht ist das völlig undenkbar, dass wir jetzt glücklicherweise durch gute Verhandlungen, und da ist allen insbesondere in den Abteilungen herzlich Dank zu sagen und auch in der Holding, durch gute Verhandlungen diesen Synergieeffekt nutzen können und damit sage und schreibe 20 Millionen Euro Investitionsmittel für die Stadt Graz sparen, weil wir gemeinsam investieren, die Synergien nutzen und wenn das Kraftwerk gebaut wird, da steht immer noch ein Wenn davor, wenn das Kraftwerk gebaut wird, gemeinsam hier vorgehen, um gemeinsam diesen Kanal zu errichten und 20 Millionen Euro vom Konsenswerber für dieses Kraftwerk, für die Stadt Graz, für die Errichtung des höchst notwendigen Kanals erhalten, halte ich für einen Moment, den wir nicht auslassen dürfen und der für uns ganz entscheidend ist und auch das ist verantwortungsvolles Handeln im Sinne der Grazerinnen und Grazer. Einmal Sorge zu tragen, dass nicht ungeklärt Abwässer laufend in die Mur entladen werden und das ist enorm, was wir gestern im Ausschuss gehört haben. 28.000 Einwohnergleichwerte im Schnitt pro Tag, an Regentagen 280.000 Einwohnergleichwerte, bitte euch das einmal vor Augen zu führen, was das bedeutet, was wir derzeit an Problemen eigentlich in dieser Stadt haben. Eine notwendige Investition, die jetzt getätigt werden muss, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, unsere Zustimmung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist fix (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte mich in dieser Angelegenheit jetzt auch gerne zu Wort melden, weil ein paar Dinge vor allem von der Frau Klubobmann Bergmann gesagt worden sind, die ich aus meiner Sicht beleuchten möchte. Ja, es ist ein Projekt, das nicht nur drei starke Veränderungen haben wird, sondern ich glaube, eines habt ihr vergessen, nämlich die wirtschaftlichen Auswirkungen. Aber ich fange vielleicht dort

an, wo Sie begonnen haben, beim ökologischen Teil. Das was Michael Grossmann jetzt gerade gesagt hat, ist eigentlich eine Schande für den urbanen Raum und für Städte und aus diesem Grund hat eine Europäische Union eine Richtlinie erlassen, die noch nicht in österreichisches Recht umgesetzt wurde, weil alle fürchten, weil es um so viel Geld geht, wie sie das alles, wenn ich so sagen darf, letztendlich derheben sollen, aber das ist eine Geschichte und ich bin mir ziemlich sicher, dass die grüne Fraktion im Europa-Parlament mitgestimmt hat, dass es solche Sammelentlastungskanäle in Europa und in europäischen Städten gibt, damit es den Fischen, den Lebewesen, aber auch den Menschen besser geht. Und diese Werte sind ja peinlich. Ich kann mich erinnern, wie oft wir an der Adria oder sonst wo geschimpft haben, dass da noch ein Fäkalienrohr ins Meer hinausgeht, wobei dort darauf geachtet wurde, dass nicht einmal ein Klopapier mitgeht, um es zu verdeutlichen. Bei uns werden sämtliche Fäkalien ausgewaschen in einem Ballungsraum von 450.000 Tagesanwesenden bei einem Starkregen und es gehört endlich gesammelt und dass das kein neues Projekt ist möchte ich da auch ganz deutlich sagen, weil wir haben ein Drittel oder knapp ein Drittel dieses teuren Vorhabens schon gebaut und die anderen zwei Drittel warten darauf, dass es endlich in Kraft tritt, damit es dem Naturraum Mur auch besser geht und ich verstehe da sehr viele selbst ernannte Expertinnen und Experten nicht mehr. Manche verwechseln auch ihr Engagement, und das sei ihnen auch gewährt, mit Expertise. Das, was ich seit 18 Jahren im Naturschutzbeirat an Diskussionen miterlebe, und das habe ich dort auch schon gesagt, deswegen sage ich es da auch, ist manchmal schwer zu ertragen und dürfte wahrscheinlich auch der Grund sein, wieso ein Großteil meiner Regierungskollegen dort seit Monaten oder Jahren nicht einmal mehr gesehen worden sind. Wenn jetzt die Kollegin Kahr in der Zeitung behauptet, sie hätte gerne noch die Diskussion im Naturschutzbeirat auch mitverfolgt oder abgewartet, dann möchte ich sagen, liebe Elke Kahr, ich habe dem Naturschutzbeirat fast nie oder zumindest in den letzten Monaten und Jahren niemals gesehen, um die sogenannte Expertise abzuholen und ich habe auch diesem Naturschutzbeirat vom Anfang an gesagt, es gibt drei Fraktionen und auch einen Bürgermeister, der hinter diesem

Projekt steht, und zwar sowohl Murkraftwerk als auch diesem dazugehörigen Kanal, und es ist auch keine neue Diskussion, man versucht nur über alle Mittel, über alle Wege, über Gutachten, Diskussionen, Professoren, die man einlädt, die im Übrigen auch letzte Woche, glaube ich, war es dann, das Gegenteil von dem gesagt haben, was man sich erwartet hat, auch von Professoren aus der Boku-Wien etwas in eine andere Richtung zu verdrehen. Dieses Kraftwerk ist eine Geschichte, sie ist erneuerbare Energie, wir haben da keinen Wind, in einem so stark wachsenden Raum wird mehr Energie gebraucht werden und ich bin froh darüber, dass wir erneuerbare Energie mit einem Murkraftwerk schaffen und ich bin auch froh darüber ökologisch, dass unsere Fische, die euch beim Kraftwerksbau als Argument gedient haben, dass das nicht kommen darf, Huchen etc. künftig nicht mehr die Fäkalien inklusive den Chemikalien, die da mithinein gehen dem Huchen und anderen Fischen täglich serviert werden (*Applaus ÖVP*). Zweitens, das betrifft den Städtebau, ja, meine Damen und Herren, wie viele Jahre und Jahrzehnte reden wir, dass diese Mur ein trennendes Element ist und dass es wieder ein verbindendes Element werden kann? Wer kann denn im Grazer Westen tatsächlich in den Murraum bis zur Mur vordringen, gerade die Menschen, die weniger Freiraum und Grünraum haben, wo man eigene Grünraumkonzepte hier beschließen, haben dann endlich einmal die Möglichkeit, auch vom Westen her diese Mur wieder zu erreichen und ich werfe es allen vor, die da dagegen gekämpft haben, dass sie bei den Eröffnungen in Liebenau und südlich mit unseren Nachbargemeinden nicht dabei waren zu sehen, mit welcher Freude dort die Menschen ihre Häuser wieder hergerichtet haben, wie gerne sie an diesem Lebensraum Mur dabei sind, wie sich freuen darüber, wenn die Kinder dort fischen gehen und auch die Schwäne dort jetzt zu hunderten zu sehen sind und, und, und. Da kommt ja dann niemand hinunter zu den Grillplätzen, die man vorher eingeweiht hat, weil die Menschen, die dort leben, die das tatsächlich auch haben wollen, waren bei diesen Diskussionsrunden, die es da sonst gibt, nicht dabei, die freuen sich darüber (*Applaus ÖVP*). Zum Städtebau wäre noch viel zu sagen, ich glaube, dass es einfach toll ist, wenn es eine Alt- und eine Neustadt gibt, dass die einmal zusammenwachsen werden und dass dieser Murraum für alle

Menschen zugänglich wird, wir werden ihn auch sicherlich toll gestalten. Zum Finanziellen: Es liegt im Gegensatz zu vielen anderen Projekten auch ein Rechnungshofbericht vor und die Vorsitzende des Rechnungshofausschusses wird ihn sicherlich gelesen haben und wird auch bemerkt haben, dass die Empfehlungen des Rechnungshofes durchaus kein Kontrapunkt zur heutigen Beschlussfassung darstellten. Ich möchte auch was sagen, warum es so dringend ist. Wir haben schon bei den Planungen darauf hingewiesen, dass es wichtig ist. Aber jetzt geht es letztendlich auch um die Ausschreibungen, die vorbereitet werden müssen und jetzt kommt der vierte Punkt, den Sie vergessen haben, das hat in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit steigt, wo wir manchmal Programme gegen die Armut hier diskutieren, schon Auswirkungen, ob es in dieser Landeshauptstadt Graz ein Projekt um 170 Millionen Euro gibt oder nicht. Das bedeutet für tausende Menschen und Familien auf alle Fälle wieder Arbeit für den nächsten Zeitraum und das sollte hier auch angeführt werden, das wurde nämlich hier vergessen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir einen Zentralraum Graz beschlossen haben von Seiten der Landesregierung und dass Graz auch den Vorsitz führt, wenn es um die Gesamtregion geht. Die Welt hört nicht am Stadtende von Graz auf. Unsere südlichen Nachbargemeinden hinunter, auch im ganzen Leibnitzer Raum haben sich es verdient, dass diese Fäkalien nicht bis zu ihnen kommen und ihnen bei ihren Böden, die sowieso schon alle Probleme der Welt aufweisen, noch zusätzlich mit schlechtem Wasser versorgt werden. Also es gibt diese Welt danach. Was die Baumschlägerungen anbelangt: Ich wiederhole es hier jetzt auch noch einmal sehr deutlich, im Naturschutzbeirat habe ich es schon getan. 838 Bäume im Größenausmaß laut unserer Baumschutzverordnung mit einem Mindestdurchmesser von 15 Zentimetern sind betroffen, 1 : 1 werden diese Bäume wieder nachgepflanzt werden und das wird auch für einen Großteil der Bäume gelten, da zählen wir noch unterschiedlich im Naturschutzbeirat und mit den Energieversorgungsunternehmen, wir werden auch so viele Bäume in diesen betroffenen Bezirken wieder pflanzen und die werden auch in den nächsten Jahren dann wieder wunderbar gedeihen. Und was die grüne Fraktion anbelangt, so möchte

ich das schon einmal sagen, Kraftwerksdiskussion, erneuerbare Energie ja, wenn es dann darum geht, ein erneuerbares Kraftwerk zu errichten, nein, wir brauchen es für die Fische. Jetzt erklärt mir das, die Mur wird sauberer durch so einen Kanal, also muss sich das für die Fische verbessern und auch für die restliche Tierwelt. Deswegen freue ich mich, wenn wir eine solche Beschlussfassung zustande bringen, da sind viel mehr Punkte, die wir noch diskutieren könnten, aber es ist auch kein neues Projekt. Es ist einfach auch politisch ganz stark darauf angelegt worden, dieses Murkraftwerk für Graz zu verhindern, in ein paar Jahren werden uns viele Menschen dankbar sein, dass wir es in Graz haben (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Ich möchte ganz herzlich auch die Vertreterinnen und Vertreter von „Rettet die Mur“ begrüßen. Ich möchte verstehen, was gestern im Ausschuss passiert ist, ich möchte verstehen, was sie antreibt jetzt sofort und mit aller Kraft diesen zentralen Speicherkanal zu beschließen. Ich möchte auch diese Euphorie verstehen, die in diesem Gemeinderat für dieses Bauprojekt Zentraler Speicherkanal vorherrscht. Ich war vorgestern in der Wirtschaftskammer in Wien und ich meine das jetzt ganz ehrlich, Herr Bürgermeister, ich habe die Kolleginnen und Kollegen vom Wirtschaftsbund gefragt, weil ich das wirklich verstehen möchte, welche Erwartungen es gibt in Bezug auf die Wirtschaftskrise, in Bezug auf Wirtschaftsstagnation und es konnte mir niemand erklären, dass durch solche Großbauprojekte der österreichischen Wirtschaft geholfen wird. Alle unisono haben gesagt, dass sind internationale Ausschreibungen, da kommen internationale Baufirmen zum Zug.

GR. Rajakovics: Bei welchen Baustellen war das in Graz der Fall? Bei keiner einzigen Baustelle.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Darf ich weiterreden? Die Kolleginnen und Kollegen von „Rettet die Mur“ können das bestätigen, wir waren unten bei den Fällungen in Gössendorf, die sind unisono von Arbeitern aus der ehemaligen DDR gemacht worden. Wir haben gesehen, wer beschäftigt war beim Bau der Staustufe, das waren keine steirischen Arbeitsplätze und ich habe auch vor kurzem mit einem Aufsichtsrat von der Estag gesprochen, der hat auch gesagt, da hast du Recht, das wissen wir, das darf man auch nicht sagen.

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Aber Sie tun so, als wären das Arbeitsplätze für Menschen im Großraum Graz und in der Steiermark. Ich möchte jetzt zum Projekt an sich kommen. Die Kollegin hat schon gesagt, dass es so ist, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem zentralen Speicherkanal und der Murstaustufe in Graz gibt. Wir haben gestern intensiv darüber diskutiert über das Mischwassersystem, wir haben auch die rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert und es ist nicht so, dass wir etwas erfinden, sondern dass ich auch befürchte, dass Sie, Herr Bürgermeister, nicht immer wirklich gut beraten sind. Ich habe da vorliegen ein Schreiben eines wasserbautechnischen Amtssachverständigen, der da mitteilt in Bezug auf die Wasserrahmenrichtlinien und den nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan: Der

Oberflächenwasserkörper Mur im gegenständlichen Abschnitt ist in der derzeit gültigen Verordnung vom nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan als in gutem Zustand befindlich ausgewiesen. Das bedeutet, dass derzeit keine Maßnahmen gesetzlich verbindlich erforderlich sind. Der ZSK ist demnach entsprechend dem Wasserrechtsgesetz nicht zwingend erforderlich. Und dann schreibt er noch über ÖNORMEN und Regelwerke, dass die auch nicht verpflichtend sind und endet mit dem Satz: Zwingend erforderlich wäre dieses Bauwerk nur für das Projekt des Kraftwerks Puntigam, der Steweag/STEG, da nach Aufstau und damit Hebung des Wasserspiegels der Mur die oben bereits erwähnten Entlastungen nicht mehr funktionieren können. Soweit die Stellungnahme des wasserbautechnischen Amtssachverständigen, der auch für das Land Steiermark arbeitet. Ich möchte jetzt zu den Punkten kommen, die uns gestern auch seitens des Kollegen Grossmann unterstellt worden sind. Ich möchte hier festhalten, dass es unsere Aufgabe ist, als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen, es ist unsere Aufgabe, für künftige Generationen Entscheidungen zu treffen.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das tun wir.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** Wir bemühen uns seit Jahren Graz, klimafit zu machen. Kollegin Stadträtin Lisa Rücker hat sich schon oft um Koordinationssitzungen bemüht, sie hat sich drum bemüht, eine Stabsstelle einzurichten, bis jetzt leider ohne Erfolg, weil der politische Wille fehlt. Wir haben bei der Tagung des Naturschutzbundes vor einigen Tagen gesehen, dass es ganz tolle Projekte gäbe, man könnte in Reininghaus ein Vorzeigeprojekt ohne Kanalbelastung realisieren, man könnte eine kanallose Straße einmal ausprobieren, es gibt ganz hervorragende Projekte zum Beispiel in Stockholm, wo fast keine Abwässer, wo fast kein Regenwasser mehr in den Kanal

eingeleitet wird, weil einfach alles auf den Grundstücken versickert beziehungsweise in Retentionsräumen Platz findet. Ich möchte grundsätzlich noch auf einige Dinge hinweisen, bevor ich zu meinem Abänderungsantrag komme. Es ist eine Tatsache, dass die artenschutzrechtliche Ausnahmebewilligung für den zentralen Speicherkanal fehlt. Es ist eine Tatsache, dass die Invest-Entscheidung der Estag fehlt und es kommt nicht von ungefähr, der Aufsichtsratsvorsitzende hat mir auch bestätigt, wenn das so einfach wäre, dann hätten wir die Entscheidung schon lange getroffen. Das ist von 50 untersuchten Wasserkraftwerkprojekten das teuerste in ganz Österreich. Es fehlen auch noch Vereinbarungen über Grundstücke, es fehlen Vereinbarungen über Dienstbarkeiten. Ich möchte besonders noch auf zwei Punkte hinweisen. Dieser Gemeinderat hat vor einigen Jahren auf Antrag meiner Kollegin Sigi Binder beschlossen, dass die Beiräte der Stadt Graz eine Aufwertung erfahren sollen, dass sie in Zukunft ernster genommen werden sollen, das haben Sie alle mitbeschlossen, meine Damen und Herren, das möchte ich nur noch im Kontext mit dem Naturschutzbeirat sagen und, Herr Kollege Grossmann, ich würde Sie bitten, lesen Sie den Rechnungshofbericht bis zum Ende, lesen Sie ihn bis zu Ende, dann würden Sie sehen, dass auch der Rechnungshof auf die Schuldenausweitung hinweist. Wenn wir also wirklich eine zukunftsweisende Entscheidung für Graz treffen wollen, dann müssen wir die Chance ergreifen, Klimaanpassungsstrategien umzusetzen. Deshalb bringe ich auch jetzt einen Abänderungsantrag seitens der Grünen ein, mit Hinweis eben, er liegt Ihnen eh vor, auf die Fachtagung Klimawandel und urbanes Klimamanagement, auf in der Praxis erprobte Projekte für eine resiliente Stadt und ich möchte noch einmal sagen, dass wir natürlich jegliche Maßnahmen begrüßen, die den Zustand der Mur verbessern. Wir glauben, dass der zentrale Speicherkanal die falsche Maßnahme ist, wir glauben, dass das keine Maßnahme ist, die Graz klimafit macht, wir glauben, dass es viele Projekte gibt, die bedeutend wirkungsvoller wären, wir glauben, dass wir in Zukunft das Regenwasser nicht mehr einfach in den Kanal einleiten können, wir werden das dringend brauchen und deshalb stelle ich seitens der Grünen folgenden Abänderungsantrag: Die Holding Graz sowie die Baudirektion der Stadt Graz werden

beauftragt, vor Beschlussfassung des Zentralen Speicherkanals in Kooperation mit den bereits zum Thema Klimaanpassungsstrategien aktiven städtischen Abteilungen und externen ExpertInnen ein Alternativszenario zum Zentralen Speicherkanal im Sinne der im Motivenbericht genannten Klimawandel-Anpassungsstrategien zu prüfen und dieses dem Gemeinderat bis Juni 2016 vorzulegen.

Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer! Vorab noch einmal kurz zum Wasserkraftwerk, das ja hier eigentlich nicht zur Debatte steht. Wir waren immer für das Wasserkraftwerk, sind auch nach wie vor dafür, weil man kann nicht immer schreien Ende der fossilen Energien, wir brauchen erneuerbare Energien, aber nicht vor der eigenen Haustüre. Das geht nicht, das wäre scheinheilig. Vom Zentralen Speicherkanal, hier haben wir es uns auch nicht einfach gemacht. Gerade diese Woche haben wir den Zentralen Speicherkanal intensiv im Umweltausschuss noch einmal thematisiert, weil es natürlich ein großer Eingriff in die Grazer Umwelt ist. Der Mag. Pieringer vom Umweltamt selbst hat einen tollen Vortrag gehalten, welches Potential Gründächer hätten, Speicherpotential für Wasser, also tolle Möglichkeiten als begleitende Maßnahmen, aber als Alternativen bieten sie einfach zuwenig Speicherkapazität. Im Ausschuss war auch die Frau Dr. Uhl, die Sprecherin der NGOs, und hat auch einen sehr interessanten tollen Vortrag gehalten mit einem tollen System zur Regenwasserbewirtschaftung. Aber es hat sich auch keine Alternative, keine realistische Alternative zu einem Speichermedium herauskristallisiert. Realistisch im Sinne von in einem annehmbaren Zeitraum, Kosten wurden überhaupt nicht beleuchtet und auch die Anzahl der einzelnen Baustellen, die dann dazu notwendig wäre, um diese ganzen Begleitmaßnahmen zu errichten, es wurde auch überhaupt nicht beleuchtet. Ich war ja auch selber bei der Tagung „Klimawandel und urbanes Regenwassermanagement“, da wurden eben auch sehr viele sinnvolle begleitende

Maßnahmen vorgestellt, aber auch dort, wie schon erwähnt, bei der Podiumsdiskussion haben Fachexperten gesagt, dass man um eine technische Speicherung einfach nicht herumkommt. Sie haben halt Speicherbecken genannt, bei uns wird es ein Speicherkanal, aber auch die Experten vor Ort waren sich dessen bewusst. Das heißt, in den nächsten Jahren werden sicher sehr viele begleitende Maßnahmen zum Regenwassermanagement, auch in Hinsicht auf den Klimawandel, notwendig werden, aber um eine technische Speicherung kommt man eben nicht herum. Deshalb stimmen wir für das Stück (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda:** Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat! Ich möchte nichts wiederholen oder versuche, so wenig zu wiederholen von Argumenten, die bereits genannt worden sind, würde aber gerne ein paar Einzelteile herausfiltern oder ein paar Argumente und zwar was die SPÖ, der Kollege von der SPÖ, vorher gesagt hat, hat mich eigentlich ein bisschen begeistert. Notwendige Finanzmittel, wir haben keine Bedeckung für dieses Projekt, für dieses Projekt des Speicherkanals, scheint uns irgendwie egal zu sein und jetzt vergleiche ich zwar vielleicht Äpfel mit Birnen, meint der eine, in Summe sprechen wir über Geld und wir haben heute einen sehr tollen Informationsbericht nachher später, da dreht es sich um den öffentlichen Verkehr. Da haben wir leider überhaupt keine Gelder darin, keine Bedeckung, können leider überhaupt nichts beschließen. Man könnte jetzt natürlich sagen, naja, das scheint uns eigentlich egal zu sein, also die NOx-Werte in der Stadt scheinen uns egal zu sein, der Feinstaub scheint uns egal zu sein, weil eigentlich, wenn wir das Prinzip jetzt ohne Bedeckung einfach weiterdenkt, dann könnte man ja tolle Projekte im Thema Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel planen, ohne Bedeckung. Man könnte für das gleiche Geld, Hausnummer Griesplatz-Umbau, mit einem tollen Bürgerbeteiligungsprojekt machen, dementsprechende Entlastungslinien. Man könnte Reininghaus bereits anschließen, da sind wir zirka beim gleichen Betrag von 60 bis 80 Millionen Euro, das

einmal als Punkt eins. Als Punkt zwei spreche ich jetzt einfach meinen persönlichen Hausverstand an und frage, vielleicht fühlt sich irgendjemand bei meinem Hausverstand da ein, für mich ist die Reihenfolge einfach die falsche, wie das hier beschlossen wird. Für mich wäre es komplett klar, dass man einen Beirat hört, gemeinsam mit dem Beirat sich das anschaut und diskutiert, dass wenn dann ein Kraftwerk beschlossen wird, dann muss man drauf reagieren, muss sich überlegen, wie man dementsprechend möglicherweise einen Speicherkanal baut oder nicht. Die Planungen, wie wir gehört haben, wir haben ja ein umfangreiches Stück dazu, es kommt nur 15-mal das Wort Kraftwerk vor. Das heißt, es ist ja bereits da, wir wissen, was uns erwartet und jetzt abschließend an den Kollegen von der ÖVP. Mir ist da ein kleiner Widerspruch in deiner Argumentation aufgefallen, du sprichst davon, warum müssen wir das heute beschließen, warum können wir es nicht verschieben? Das ist einfach das, was ich überhaupt nicht verstehe zum Zeitpunkt, das hast du gesagt, das ist klar, wir haben Planungsverläufe. Naja, jetzt sage ich dir eines, wenn wir Planungsverläufe haben und jetzt Planungsverläufe haben, kosten die zwar, das heißt, wir geben jetzt Investitionen frei, wir werden jetzt Kosten haben für ein Projekt, das wir planen, das heißt, wir planen jetzt aktuell einen Speicherkanal mit Kraftwerk. Jetzt gehen wir einmal davon aus, das Kraftwerk wird gar nicht gebaut, das ist jetzt natürlich wünschenswert und würde uns alle freuen. Aber ich sage, wenn das wirklich nicht gebaut wird, dann ist eine andere Frage da, dann würde ich gerne sehen die Kosten, die dann entstanden sind durch die ganzen Planungen, durch die Planungsverläufe, die wir heute beschließen und dann wird vielleicht irgendwann einmal im Herbst beschlossen, wir bauen gar kein Kraftwerk, dann würde ich gerne auf Heller und Cent genau sehen, wie viel Geld, wieviel Tausende, wieviel Euro, wieviel Hunderttausende, angehend vielleicht sogar Millionen da hineinfließen werden vollkommen unnötig und dann müsst dann eine Wirtschaftspartei erklären, umgekehrt müsste es mir dann eine FPÖ erklären, wie man da umgekehrt die Gelder besser verwenden können, was ja auch immerhin öfter ein Argument der FPÖ ist. Dankeschön.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne zur Finanzierung ein paar Überlegungen anbringen. Zunächst einmal nochmals der Hinweis, der offenbar von einigen Kollegen und Kolleginnen nicht gesehen wird. Es geht hier um den Zentralen Speicherkanal und der Antrag, der vorliegt, ist an den Vorbehalt gebunden, das heißt, an die Bedingung gebunden, dass der Aufsichtsrat der Estag dieses Kraftwerk, den Bau dieses Kraftwerkes beschließt. Das ist einmal wichtig, hier nochmals festzustellen, weil durch diesen bedingten Beschluss eben ganz eindeutig von Seiten des Zentralen Speicherkanals die Voraussetzung geschaffen wird und wie wir wissen, ist ja das Projekt als ein Projekt eingereicht worden: Murkraftwerk plus Zentraler Speicherkanal. Mit diesem Beschluss wird festgehalten, dass, falls die Estag zu einem positiven Beschluss kommt im Aufsichtsrat, dann ist auch der Zentrale Speicherkanal mit dabei. Die Frage, die jetzt sehr viele beschäftigt hat, wie kann das sein, wir haben einen Budgetpfad, wir haben eine mittelfristige Finanzplanung und wie ist es möglich, dieses Projekt in diesem mittelfristigen Finanzplan unterzubringen? Ich glaube, dass das im Stück sehr klar dargestellt wird, wir haben eine mittelfristige Finanzplanung, die geht davon aus, dass wir im Jahr 2020 eine Verschuldung von 1,6 Milliarden haben. Aus heutiger Sicht, wenn wir das Projekt sozusagen drauflegen, dann sind das 1,66 Milliarden Euro, das ist die eine Seite. Eine mittelfristige Finanzplanung ist aber immer eine Vorschau, es ist immer ein Planungsinstrument und es sind dort Projekte drinnen, von denen wir mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit ausgehen, dass sie realisiert werden. Aber wir haben selbstverständlich für eine Reihe von diesen Projekten noch keinen Projektbeschluss gefällt. Und Sie können sich sicher sein, dass es größtmöglicher Überlegungen und auch Sorgfalt bedarf, dass wir die weiteren Projekte, die beschlossen werden sollen, ganz genau auf diesen Schuldenpfad hin abstimmen. Dass wir dabei in der Vergangenheit sehr erfolgreich waren, wissen Sie, nur das Beispiel, das ganz aktuelle Beispiel, wir sollten laut Rechnungsabschluss zum 31.12.2015 nach diesem Schuldenpfad auf einer Verschuldung von 1,257 Milliarden Euro sein,

tatsächlich sind wir um 60 Millionen besser, das heißt, unter dieser Grenze. Wieso ist das entstanden? Es ist dadurch entstanden, dass wir immer wieder die Feststellung machen, gemacht haben in der Vergangenheit, dass Investitionen sich nicht in dem Tempo umsetzen lassen, wie wir es gerne hätten. Es gibt Probleme mit der Bodenbereitstellung, es gibt Probleme in den Verfahren, jedenfalls verschieben sich Jahr zu Jahr Investitionen nach hinten, das heißt, wir sind Jahr für Jahr gar nicht in der Lage, das, was wir uns vorgenommen haben an Investitionen, in vollem Umfang durchzuführen. Das heißt, es wird auch hier eine genaue Beobachtung geben, dass wir und das ist mir nach wie vor das Wichtigste und Sie können sich, ich glaube, soweit kennen Sie mich, dass ich mir da sehr, sehr viele Gedanken mache, dass wir nach wie vor diesen Verschuldungspfad einhalten. Trotzdem aber die Feststellung, sollte alles geplant umgesetzt werden können, dann ist es tatsächlich eine weitere Verschuldung von 60 Millionen Euro. Den Grünen, hoher Gemeinderat, sollte das am wenigsten Sorgen bereiten, denn ich habe euren Kollegen Wohlfahrt sehr wohl im Gedächtnis, der immer wieder darauf hinweist, dass er diesem Schuldenpfad, diese Begrenzung der Verschuldung ohnehin als sehr, sehr problematisch sieht. Zum Zweiten möchte ich gerne auf den Rechnungshofbericht eingehen. Der Rechnungshof ist ein sehr intensiver Hüter selbstverständlich, Gott sei Dank auch Unterstützer, von Schuldenpfadeinhaltungen, aber in den Berichten, ich habe diese Passagen genau gelesen, merken Sie schon, dass der Rechnungshof selbstverständlich auch zugibt oder jedenfalls festhält, wenn das Kraftwerk gebaut wird und es ist, wie gesagt, ein bedingter Beschluss, dann wäre es aus meiner Sicht wahnsinnig verantwortungslos, wirklich verantwortungslos, diesen Zentralen Speicherkanal nicht zu bauen. Ich bin auch dafür, dass wir alle Möglichkeiten unternehmen, um etwa das Problem des Mischwassers in unseren Kanälen zu beseitigen durch andere Varianten, aber wir haben ja fast 100 % Mischkanäle. Also von heute auf morgen das umzustellen, ist unmöglich und da ist der Zentrale Speicherkanal natürlich ein wirkungsvolles Projekt, um da für die Entlastung der Mur einen großen Beitrag zu leisten und vergessen wir eines nicht, derzeit fließen diese Überlaufwässer in ein fließendes Gewässer, dann

fließen sie in ein stehendes Gewässer, in einen See und haben dort natürlich sehr viel stärkere Auswirkung. Also aus meiner Sicht ist das durchaus entscheidend und wichtig zu sagen, wenn das Kraftwerk gebaut wird, da kann man dazu stehen wie man will, dass es da unterschiedliche Meinungen gibt, ist ohnehin klar, aber wenn das gebaut wird, dann ist es aus meiner Sicht nahezu eine Pflicht für die Stadt, diesen Zentralen Speicherkanal mitzubauen und mehr steht in diesem Antrag auch nicht drinnen. Das ist eben das, was ich Ihnen gesagt habe. Ein letztes Wort, das muss ich erwähnen, habe ich gar nicht vorgehabt, es fehle das Geld für ÖV-Projekte, natürlich beschäftigen uns diese ÖV-Projekte ganz intensiv und massiv. Aber bitte vergessen wir nicht, wir bezahlen jedes Jahr über 60 Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr, das sind jene Mittel, die wir an die Holding überweisen für die operative Durchführung des öffentlichen Verkehrs Holding Linien und auch für Investitionen. Also man mag durchaus bedauern, dass es nicht noch mehr ist, das bedaure ich auch, aber wir geben uns damit sehr viel Mühe, dass wir auch diese Finanzierung sicher halten. Ich glaube jedenfalls, dass dieser Antrag sehr wichtig ist und richtig ist und gerade für die zukünftige Entwicklung der Stadt eben im Umweltbereich, im Abwasserbeseitigungsbereich einen großen Fortschritt bringt. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Werte GemeinderatskollegInnen, liebe Stadtregierung, liebe ZuhörerInnen auf der Galerie! Zuerst noch einmal zu dieser Finanzdarstellung von dir, Gerhard. Man könnte auch vom Verursacherprinzip reden, wenn man darüber redet, wieso jetzt ein Stau zustande kommt, dann ist das, weil ein Kraftwerk gebaut wird, dann könnte man ja auch weiterdenken, dann sollte auch der Verursacher, nämlich der Kraftwerkserbauer, die Kosten für die Folgen davon tragen, aber das ist jetzt nur so eine Nebenbemerkung. Ich will auf etwas Grundsätzlicheres eingehen und das mache ich ganz bewusst als eine grüne Umweltpolitikerin, weil an der Debatte so deutlich wird und so sichtbar wird, was uns unterscheidet. Wir reden immer alle von der Zukunftsfähigkeit der Stadt und von dem nachhaltigen für morgen Denken und vor allem Tun. Aber wir haben doch ein paar ganz wesentliche Unterschiede im Denken

und im Herangehen und es wird so schön deutlich an der Diskussion, die wir über das Kraftwerk führen und auch in Bezug auf das, was jetzt zu diesem Zentralen Speicherkanal diskutiert wird. Beim Kraftwerk ist es so, dass man davon ausgeht, man verbraucht immer noch mehr Strom und noch mehr Strom, wir gehen jetzt in Richtung Elektromobilität etc. und deswegen werden wir ein Kraftwerk brauchen. Das heißt, der umgekehrte Schluss, dem wir Grünen folgen, dass man sagt, jeder Strom, der nicht verbraucht wird, ist der beste Strom, ist die andere Logik, das heißt, da könnte man durchaus einen anderen Zugang finden, dass man nicht unbedingt jetzt mit mehr Stromverbrauch die Zukunft bewältigt, sondern nur, indem wir weniger Strom verbrauchen und eine Stadt bietet, wie wir wissen, viele Möglichkeiten, Strom einzusparen, insbesondere wenn wir von Mobilität reden, also da ist der Zugang ein unterschiedlicher und da merkt man, ok, man verbraucht immer mehr und dann am Ende braucht man ein großes Bauwerk und hat damit wieder das Problem gelöst und die technokratische Lösung für alle Zukunftsprobleme ist wieder einmal da. Das Gleiche beim Zentralen Speicherkanal und da möchte ich jetzt noch einmal zurückgehen in die Zeit, als ich zuständig war für das Straßenamt, und weil ich den Baudirektor sehe, zuerst war auch Harry Hrubisek als Leiter des Straßenamtes da und ich erinnere mich an ganz viele Diskussionen, die wir dort über das Regenwasser geführt haben. Diese Diskussion ist nämlich eine alte Diskussion in dieser Stadt und ich habe damals versucht, ein paar Sitzungen, der Baudirektor wird sich genau daran erinnern, einzuberufen und ihr habt diese Sitzungen auch abgehalten, wie tun wir mit dem Regenwassermanagement in dieser Stadt, weil sowohl das Straßenamt, aber eben auch im Bereich des Kanals klar war, es ist zuviel Regenwasser, das in den Kanal fließt beziehungsweise uns bei den Straßen, bei den Einfahrten, bei den Überschwemmungen in den Kellern von den Bürgern und Bürgerinnen größte Probleme bereitet. Das heißt, das Problem ist lange da, aber ich habe nie die Kollegen und Kollegenschaft gefunden im Bereich der Stadtregierung, die in diesen Ressorts auch zuständig sind, da rede ich auch dich speziell an, Bürgermeister, dass wir gemeinsam in dem Bereich rechtzeitig die entsprechenden Maßnahmen setzen, die in

der Verwaltung, da muss ich sagen, die Expertise ist ja längst da, das sieht man auch in einem Stadtentwicklungskonzept, das wir hier herinnen beschlossen haben, das wurde uns ja auch in diesem Umweltausschuss wieder schön vorgelegt, da sind ganz viele Maßnahmen aufgelistet, die ganz lange vor einem Zentralen Speicherkanal zu tun wären, um im Bereich der Entsiegelung, im Bereich der Versickerung, im Bereich der Speicherung von Regenwasser, im Bereich der Gründächer, das ist ja nur ein Teil davon, ein kleiner Teil davon, möglich wären und die wir sukzessive erarbeiten könnten. Solche Maßnahmen sind viele kleine Maßnahmen, die wesentlich nachhaltiger sind und das in wirtschaftlicher wie in ökologischer Weise. In wirtschaftlicher Weise sind dann bei solchen Maßnahmen viele Betriebe beschäftigt, viele Beschäftigte beschäftigt in der Region und der zweite Effekt ist der, dass wir dann von Klimawandelanpassung sprechen können, die in dieser Stadt so wie in allen Städten uns noch ordentlich vor Konsequenzen stellen wird, wenn wir da nicht endlich zusammenarbeiten und da möchte ich auch darüber noch einmal sprechen. Seit eineinhalb Jahren versuche ich dich, Bürgermeister Nagl und dich Stadtrat Rüscher, dazu zu bringen, mich dabei zu unterstützen, und ich weiß mich eins mit dem Chef des Stadtplanungsamtes und meines Umweltamtsleiters, im Bereich der Klimawandelanpassung auch eine Stabsstelle einzurichten, dass diese Maßnahmen, die da dringend zu tun wären, endlich über die Ämter hinweg koordiniert werden, weil das nicht ein Amt alleine tun kann. Und auch hier stoße ich zwar auf Hinweise, dass es vielleicht wünschenswert wäre, aber einfach nicht darstellbar. Das wäre ein Bruchteil von dem Geld, das jetzt in einen Zentralen Speicherkanal fließt, der aber nichts tut für die Frage, wie wir in Zukunft mit einer heißeren Stadt, mit einer Stadt mit mehr Regenwasserereignissen, Starkregenereignissen umgehen werden, das wird uns beschäftigen, das wird in den Folgen wesentlich mehr kosten, wenn wir in dem Bereich nicht in geballter und vor allem gemeinsamer Strategie endlich die entsprechenden Maßnahmen setzen, das wäre die nachhaltigere Strategie, die schon längst stattfinden könnte, wozu ich aber, wie gesagt, den politischen Willen in dieser Stadt noch nicht spüre bis heute nicht und deswegen bauen wir da auch wieder ein großes Bauwerk und hoffen, damit für alle

Zeiten alle Probleme gelöst zu haben. Und wie gesagt, es wird nur ein Teil des Problems damit gelöst, nämlich dass jetzt diese Übergänge, die du beschrieben hast vorher, der Fäkalien in die Mur nicht mehr stattfinden, es gibt den Auslöser des Kraftwerks, dass es jetzt ganz dringend notwendig wird, aber die nachhaltige Form, wie wir für die Zukunft so vorgesorgt haben, dass in dieser Stadt das Leben auch in einer heißeren, und wir werden in den Städten wesentlich mehr Temperaturanstieg haben als in anderen Regionen, das ist uns auch lange vorausgesagt, der Klimawandel ist da, der Klimawandel wird ja auch von niemandem mehr bestritten, wir haben ja auch eine Klimakonferenz, wo großartige Ziele beschlossen wurden, aber hier in dem Bereich wird nicht angepackt und in einer technischen Riesenbaustelle wird die Lösung gesehen und all die Nebenerscheinungen, die dort stattfinden, von wegen Vernichtung von Naturraum, Bäumen, die für die Luft genauso wie für den CO₂-Ausstoß in dieser Stadt relevant sind, gar nicht zu reden, das wurde ja schon ausgeführt. Insofern frage ich mich schon, ob nicht endlich einmal die Frage der Henne und des Eis umgekehrt auch von euch betrachtet werden kann, nämlich dass man wesentlich früher nachdenken könnte, um dann nicht am Ende mit großen Geldausgaben etwas verhindern zu wollen, was eben damit nur teilweise in den Griff zu bekommen sein wird (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Krotzer**: Ich will es gar nicht mehr lange ausführen, von unserer Klubobfrau Ina Bergmann sind alle unsere Argumente genannt worden. Allerdings ein Punkt würde mich schon noch interessieren, weil ich mich mit den zeitlichen Ebenen des Ablaufs ein bisschen schwer tue, um das alles nachvollziehen zu können. Es ist angesetzt für den 1. März der Naturschutzbeirat, wir haben am Anfang vom Kollegen Piffel-Percevic gehört, der Beschluss ist ganz dringend zeitlich heute notwendig. Wir haben allerdings schon am Montag von dem Vertreter der Energie Steiermark gehört, dass es keinen großen Unterschied machen würde, ob das Ganze in dieser Sitzung stattfindet oder ob

das im März stattfindet. Und jetzt haben wir beim Stadtrat Rüschi gehört, dass, wenn der Vorstandsbeschluss bei der Energie Steiermark ohnehin anders ausschauen würde, dass das hinfällig wäre. Insofern frage ich mich ganz einfach, woher diese Eile, warum muss man das jetzt in dieser heutigen Sitzung durchpeitschen und kann das nicht ganz einfach noch die Naturschutzbeiratssitzung am Dienstag abwarten nächste Woche, um dann in drei Wochen, wo ohnehin der nächste Gemeinderat tagt, das wieder auf die Tagesordnung zu setzen, das ist mir nicht einleuchtend (*Applaus KPÖ*).

GR. **Haberler:** Herr Bürgermeister, geschätzte Zuhörer und werte Kollegen und Kolleginnen! Im STEK, was wir beschlossen haben, das wird auch umgesetzt jetzt, aber es ist einfach eine Tatsache, dass wir einen Altstadtkern haben und dieser Altstadtkern in den Kanal entwässert wird. Das ist einmal der aktuelle Stand und das ist Bestand, also das kann man nicht schönreden. Und der Kanal ist zwar der Verursacher, was wir vorher gesprochen haben, wenn die Staumauer nicht ist, dann rinnt das Wasser hinein, also der Kanal jetzt würde das Dreckwasser zurückgestaut werden. Die Estag würde einen Kanal bauen, das heißt, da hinterm Kraftwerk kommt dann unter Anführungszeichen unsere „Durft“ einfach heraus und rinnt weiter, das heißt und das ist ja auch dieser Synergieeffekt, den wir jetzt nützen wollen. Warum wir das heute beschließen wollen, ganz einfach, weil wir zuerst denken, bevor wir bauen und nicht nur beschließen und wenn wir heute beschließen, es muss ja geplant werden, das ist jetzt vom Kollegen Krotzer, wir beschließen es heute und dann muss es geplant werden, dass dann, wenn es soweit ist, dass uns die Zeit nicht davon läuft, damit wir ein fertiges Projekt haben, weil das muss ja alles ... (*Tonbandausfall*).

Bgm. Mag. **Nagl**: ...auch herauschlagen müssen und auch dort wird wieder zu einem Großteil nachgepflanzt werden. Was mir wichtig ist, ich möchte es heute hier allen Baumschützern im Speziellen auch im Murraum sagen: Bis zum Krieg und dann bis zu den 60er-Jahren wurde in Graz entlang der Mur das Thema Hochwasser gesetzlich bearbeitet, indem es, wie in Salzburg, keine Bäume gegeben hat und wenn wir es ganz genau nehmen, dann verletzen wir die Vorschriften seit einem halben Jahrhundert, gesetzlich gesehen müsste ich den ganzen Murraum roden, dass ich es da vielleicht einmal gesagt habe, kann sich jeder gerne erkundigen, der gesetzliche Auftrag wäre, die Mur als hochwasserführenden Fluss so freihalten, dass da überhaupt kein Baum auf der Böschung steht, siehe Salzburg mit einer sehr, sehr hohen Lebensqualität, vielleicht auch manchmal in andere Städte fahren. Der Beirat, wie gesagt, wird seine Meinung sicherlich nicht ändern und es ist eine Information, die sie auch nächste Woche kriegen, die auch wiederum gewünscht war, die gibt es und es war nicht so geplant, dass wir den Beirat als Grundlage unserer Entscheidung dann nehmen, da haben sie im Übrigen auch sich sehr darüber mokiert und auch Anträge gestellt, das letzte Mal, erstmalig. Eine andere Logik, natürlich möchten wir Energie sparen, aber ich möchte noch einmal betonen, dieser Ballungsraum Graz wächst unglaublich, auch Graz-Umgebung, und wir werden Strom benötigen und ich habe diesen Strom allemal lieber als den Strom, den wir zurzeit bekommen, in erster Linie aus Atomstrom und in zweiter Linien im Moment aus der Kohle und deswegen hätte ich gerne diese nachhaltige Energienutzung der Mur (*Applaus ÖVP*). Letzte Geschichte, weil das jetzt auch für mich sehr spannend war, also wir haben, was das Thema Neubauten anbelangt, schreiben wir seit Jahren eine Versickerung vor, wir tun nicht so, als würden wir nach wie vor alle Dächer etc. in unser Kanalsystem einleiten, das ist Grundbedingung, keiner baut uns, es sei denn er hat noch eine alte Genehmigung, aber keiner baut in dieser Stadt neu und leitet seine Wässer in unseren Kanal ein, das ist vorbei und das haben wir, Gott sei Dank, schon begonnen. Ich widerspreche nicht, dass wir in Summe mit Hangwässern und mit der Wasserthematik noch ordentlich beschäftigt werden können, aber dieses Projekt trenne ich einmal ganz stark von dem,

was wir jetzt auch tun können und nicht von dem, was man vielleicht irgendwann einmal schaffen kann. Und eine Geschichte hat mich schon besonders gefreut, wer hat denn das gesagt mit den DDR-Mitarbeitern, die unseren Wald schlägern, Frau Pavlovec-Meixner...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner: Ich habe hingewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: So, jetzt werde ich kurz darauf hinweisen, weil wir haben uns gleich erkundigt, wir hatten gebaut, das war die Firma, beim letzten Kraftwerk südlich von Graz, die Firma Hinteregger, die Firma Stettin und die Firma Heider. Steirische, österreichische Unternehmungen haben gebaut und ich hoffe, dass nicht ausgerechnet eine grüne Mandatarin ein Problem damit hat, dass diese Baufirmen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen, die nicht aus Österreich, sondern von woanders her kommen (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Noch einmal, es wird von Ihnen so dargestellt, als würde das hier keinen Arbeitsplatz und keine wirtschaftlichen Auswirkungen haben, das stimmt einfach nicht, bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Grüne Verdrehung.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: In Salzburg gibt es keine Bäume an der Salzach, das stimmt, das ist richtig, an der Salzach gibt es keine Bäume...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Grünen haben mitgestimmt in Salzburg.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** An der Mur gibt es zum Glück Bäume und es gibt auch ein Stück Wildnis, wir haben schon einmal über die Wildnisse in einer Stadt, die wächst, diskutiert und wie wichtig die ist, aber das will ich da nicht weiter, weil das ist ja... geht hin in einer Frage, wie man eine Stadt sich auch vorstellt. Aber noch einmal zum Naturschutzbeirat. Es schaut so aus, als wäre der wirklich unbequem aus deiner Sicht, das hat jetzt sehr, sehr stark so geklungen und du hast gesagt, du würdest gerne haben, dass Engagement von Expertisen stärker getrennt wird. Ich bin froh, dass die Menschen, die sich engagieren in dieser Stadt...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Aber nicht mit allen Mitteln.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** ...für den Naturschutz, das nicht nur deswegen machen, weil ihnen ganz viel an der Natur liegt, sondern weil sie sich auch jahrelang, jahrzehntelang sehr intensiv mit diesen Fakten beschäftigen und auch eine Expertise auf den Tisch legen können.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Wenn die Fakten nicht passen, werden sie verdreht.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Sie legen eine Expertise, als du gerne hören würdest, auf den Tisch, aber ich will das sagen, dass genau die Mischung zwischen Expertise und Engagement den Naturschutzbeirat und die engagierten Organisationen und Menschen, die dort sind, ausmachen und die sind für diese Stadt ganz essenziell und wichtig und ich weiß, dass einige Diskussionen, die im Naturschutzbeirat geführt wurden, dazu geführt haben, manche Überlegungen doch noch einmal neu zu denken und dafür bin ich dankbar und das möchte ich hier an dieser Stelle noch einmal ganz bewusst sagen. Und ich erinnere mich daran, dass ich manchmal in den Naturschutzbeirat gegangen bin und dann hast du kurzfristig keine Zeit gehabt als Vorsitzender, ich werde aber nächsten Dienstag wieder dabei sein, weil ich natürlich sehr neugierig bin, wie die Diskussion dort jetzt geführt wird. Aber noch einmal zum Thema Expertise und ich bin durchaus bei dir und das ist bei diesem Ausschuss am Montag auch sehr deutlich zum Tragen gekommen, dass Projekt technisch gesehen, und das hat der Herr ■■■ dort ja auch gehört und die Kollegen, die das Projekt noch einmal von Seiten der Holding vorgestellt haben, ist technisch einwandfrei, das ist gar keine Frage. Und ich weiß, dass in diesem Haus ganz viele tolle Experten und Expertinnen beschäftigt sind und dass wir noch einige Arbeitsplätze, nachhaltige Arbeitsplätze, mehr in diesem Haus haben könnten, wenn wir der Frage der umfassenden Maßnahmen im Bereich des Klimawandelanpassung, aber auch sonstige Maßnahmen, die wir im Bereich der Grünraum-Zurverfügungstellung usw. haben, noch sinnvollerweise Arbeitsplätze schaffen könnten, auch wie gesagt, um wesentlich günstigeres Geld als da jetzt zur Verfügung gestellt wird für Arbeitsplätze, die sehr wohl durch solche Großbauwerke entstehen, aber leider immer nur für die Dauer so eines Bauwerkes und in der Nachhaltigkeit sind

Arbeitsplätze, die längerfristig an Projekten arbeiten, die eine Stadt lebenswert und ökologischer machen, wären natürlich meiner Meinung nach durchaus mindestens ebenso wünschenswert wie Baustellenarbeitsplätze, die natürlich auch immer einen Effekt auf die Wirtschaft haben. Aber noch einmal zur Expertise, ich gehe davon aus, dass die Expertise in diesem Haus eine große ist, dass es leider oft nicht gelingt aufgrund eines mangelnden Zusammenspiels, auch in der Politik, diese Expertise in einem Zusammenspiel über die Ämter hinweg gut zu nutzen und dass damit leider viele kreative und kluge Ansätze aus diesem Haus ungenutzt liegen bleiben, das heißt, es wird viel nachgedacht in den Bereichen der Verwaltung und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, leider fehlt oft der politische Wille und deswegen sind wir hier und diskutieren das auch hier, weil hier der politische Wille zu erzeugen ist und deswegen bringen wir auch hier diese Debatte noch einmal ein, weil wir gerne hätten, dass wir noch nachhaltiger werden, in vielen Bereichen sind wir das eh schon in dieser Stadt (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich hoffe, dass es gelungen ist, möglichst viele Gemeinderatsmitglieder doch noch davon zu überzeugen, diesem Stück zuzustimmen, weil es das Beste ist, auch mit den Menschen, mit den Bürgerinnen und Bürgern und ich betone das noch einmal, in Liebenau, in Puntigam, jene, die jetzt schon einmal erlebt haben, was es für sie bedeutet, dass dieses Gewässer etwas ruhiger ist, dass eine komplett neue Lebenssituation entsteht, dass eine andere Tierwelt da ist, mit diesen Personen zu sprechen. Manchmal denke ich mir, warum haben wir da so eine fundamentalistische Debatte, zuerst war es der Huchen, jetzt ist es der Baum, nicht einmal dem Fisch darfst jetzt helfen laut Grünen und der KPÖ. Das ist so, es passt euch irgendwie nie, wenn es um die Beschlussfassung geht, passt es nicht, da müssen wir noch ein Gesprächsrunde und noch einen Ausschuss und noch eine Geschichte. Stimmt

jetzt mit, dann könnt ihr nachher auch wieder mit Freuden in Graz mitfeiern und das Band durchschneiden...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mit Freude fischen gehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Mit Freude fischen gehen und ich werde mir ernsthaft jetzt überlegen, ob du mich bei der Naturschutzbeiratssitzung am 1. März gleich vertreten kannst, wenn du ja dort... Ich werde dort sein (*Applaus ÖVP*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler

3) A 10/BD-035974/2013-3
A 8-146579/2015

Sanierung Geidorfplatz
Aufstockung des Straßenbauprogramms
2016 der Holding um € 280.000,- und
Aufwandsgenehmigung in der AOG 2016

GR. **Haberler**: Hoher Gemeinderat! Es geht um das Stück Geidorfplatz. Es ist endlich soweit, der Bezirk hat es sich schon lange gewünscht, dass der Geidorfplatz endlich ein neues Gesicht bekommt. Es geht hier im Stück um die Genehmigung, um die

Aufstockung auf 280.000 Euro. Die Fachabteilung wird mit dem Bezirksrat die genaue Planung durchgehen, wir haben das im Ausschuss bekommen, er wird behindertengerecht, es werden neue Baumpflanzungen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) durchgeführt. Es geht in dem Stück um die Neugestaltung des Geidorfplatzes, es ist ein lang gehegter Wunsch der Bezirksbevölkerung und des Bezirksrates. 280.000 Euro soll das Budget dazu aufgestockt werden, in weiterer Folge wird die zuständige Fachabteilung mit dem Bezirksrat das Projekt durchgehen und der Bezirksrat wird auch die Parteienstellung haben so quasi und natürlich hat die Bevölkerung im Zuge dessen auch eine Beteiligungsmöglichkeit, weil der Bezirksrat ja öffentlich ist. Es werden neue Baumpflanzungen durchgeführt, es werden mehr Bäume sein, es wird behindertengerechter sein und viel freundlicher und einladender. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Vielen Dank für diesen Bericht. Bevor ich das Wort weitergebe an Herrn Gemeinderat Dreisiebner, möchte ich noch bezüglich des Protokolls darauf hinweisen, dass die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 2) zum Speicherkanal gegen die Stimmen von Gemeinderat Pacanda, der grünen Fraktion und der KPÖ getroffen wurde.

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Stefan Haberler! Mich erstaunt, was du alles in die Präsentation des Stückes gepackt hast. Das ist mehr oder weniger die Darstellung einer finanziellen Aufstockung, eine BürgerInnenbeteiligung hast du hineingepackt in eine

Bezirksratssitzung, die laut Medienberichten am 8. März stattfinden wird. Bezirksratssitzungen sind grundsätzlich nicht dafür da, dass man sich dort als Nicht-Mandatarin, als Nicht-Mandatar zu Wort melden darf, es kann Ausnahmen geben. Aber das Stück selbst beinhaltet hier keine weiteren Möglichkeiten, sich hier als BürgerIn, als AnwohnerIn, als Betroffene einzubringen. Es ist ja so, dass der Beschluss aus 2011 beziehungsweise der davor geschehene Beteiligungsprozess, Informationsveranstaltung usw. mit den AnwohnerInnen um den Geidorfplatz einiges mehr ergeben hat als dieses hier beinhaltet. Gestern im Ausschuss ist uns das erklärt worden, dass sich das finanziell nicht ausgeben würde, diese nicht aufgenommenen Punkte mithineinzunehmen. Ich fange es einmal so an, das Gute ist, dass es am Geidorfplatz zu einer Platzumgestaltung kommt, das nicht so Gute oder Schlechte ist, dass man so etwas ja nicht für ein paar Jahre macht, sondern für ein paar Jahrzehnte. Und hier wieder nur am halben Weg stehen zu bleiben und gewisse Maßnahmen wie etwa Lärmschutz gegenüber der Bergmannsgasse, wie etwa den Wunsch nach einem Blauraum, einem Brunnen, ähnlich wie am Kameliterplatz, um nur einige Beispiele herauszunehmen, eine bessere Querungsmöglichkeit, die sich konfliktfrei mit Autoverkehr, parkenden Autos usw. darstellen sollte, für RadfahrerInnen und FußgängerInnen, aber auch Verbesserung der ganzen Fahrradinfrastruktur drum rum. Das draußen zu lassen heißt, dass das halt wieder, wie ich sage, nicht nur einige Jahre, sondern einige Jahrzehnte stehen bleibt. Es ist gut, dass einiges besser wird, es ist gut, dass einiges mehr an Freifläche geschaffen wird, an Sitzmöglichkeiten, Auffahrtsrampe beziehungsweise ein geneigter Gehsteig, der berollt werden kann usw. Aber das ist etwas sehr wenig im Vergleich zu dem, was der Bezirksrat einstimmig 2011 abgeschickt hat. In diesem Sinne, das alles auch ohne eine Beteiligung, ohne ein Rückspiel an die Menschen zu machen und nicht nur an den Bezirksrat und das wiederum jetzt im Nachhinein, veranlasst mich, einen Abänderungsantrag einzubringen, ich habe die Punkte schon grosso modo erwähnt. Hauptsächlich geht es eben um diesen Beteiligungsprozess, der hier noch abgewickelt werden sollte und um das Klären der fehlenden Punkte. Wir können diesem Stück nicht zustimmen, das Durchschneiden,

Dabeisein beim Durchschneiden von Bändern bei der Eröffnung von solchen Bauwerken ist uns weniger wichtig als dass die Menschen rundum gehört worden sind und weitestmöglich auch glücklich sind mit dem, was da an Bautätigkeit passiert ist, um auf eine der letzten Sätze des Herrn Bürgermeisters noch einmal kurz zu replizieren. Ich ersuche um Annahme des Abänderungsantrages, der lautet:

Vor der Setzung weiterer Schritte der geplanten Umgestaltung des Geidorfplatzes ist mit der interessierten AnwohnerInnenschaft und mit dem Bezirksrat Geidorf in geeigneter Form über die derzeit geplanten Änderungen und über weitere Möglichkeiten, die derzeit noch fehlenden Maßnahmen im Sinne des Ergebnisses der Beteiligung und des Beschlusses des Bezirkrates aus 2011 doch noch in das Projekt mit einfließen zu lassen, zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Information und Beteiligung der Betroffenen im Viertel ist dem Gemeinderat in Form eines Informationsberichts vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne was zur Bürgerbeteiligung sagen. Wie Sie wissen, haben wir vor über einem Jahr die Leitlinien für die Bürgerbeteiligung beschlossen. Es ist ein Gemeinderatsbeschluss und dieser Beschluss enthält unter anderem auch die Bestimmung, dass bei Gemeinderatsstücken, die dafür in Frage kommen, festgehalten wird, erstens einmal, ob dieses Vorhaben auf der Vorhabensliste aufscheint und zweitens, ob eine Bürgerbeteiligung stattfinden soll oder nicht. Und da ist bei diesem Stück, bei diesem Antrag ein Fehler passiert, am Ende des Berichtes steht: Ist die BürgerInnenbeteiligung bei der Vorhabensliste? Nein. Und bei BürgerInnenbeteiligung vorgesehen: Ebenfalls Nein. Das Zweite ist durchaus möglich klarerweise, das Erste ist nicht möglich und zwar, nach dem Gemeinderatsbeschluss müssen derartige Anträge und derartige Projekte auf die Vorhabensliste drauf, sodass eben auch alle BürgerInnen in Graz darüber informiert sind und wir haben auch

Erkundigungen bei der Baudirektion eingeholt, das ist ein Missverständnis gewesen. Der Eintrag auf die Vorhabensliste ist vorbereitet, ist allerdings auch an den Beschluss jetzt gebunden, wenn der Beschluss kommt, und wird in den nächsten Tagen im Internet und in den entsprechenden Medien aufscheinen. Das heißt, es ist eine Korrektur anzubringen bitte und zwar, dass bei Vorhabensliste in dem Antrag das Nein durchgestrichen wird und durch Ja ersetzt wird. Also das Projekt ist auf der Vorhabensliste und entspricht den Leitlinien und falls irgendwelche Bürgerinnen und Bürger da auch das Interesse haben, da mitzumachen, bestehen auch die in den Leitlinien dafür vorgesehenen Instrumente, vor allem die der Anregung.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen die Stimmen von GR. Dreisiebner und GR. Pacanda) angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

4) A 10/8-021889/2014/0010

Masterplan ÖV, Graz West

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Gäste! Über Bevölkerungsentwicklung ist ja heute schon viel gesprochen worden, das betrifft natürlich auch den öffentlichen Verkehr und wir begeben uns jetzt in den Grazer Westen. Bei einer Betrachtungshorizont von zehn Jahren bedeutet dies, dass wir rund 30 % mehr an Fahrgästen haben werden, die wiederum Angebotsbeziehungsweise Kapazitätserweiterung erfordern, um den Menschen in Graz umweltfreundliche Mobilitätsangeboten bieten zu können. Der Bericht beschäftigt sich mit der Stadtentwicklung, hier erwarten wir vor allem im Westen, das wird die

SmartCity, der Gürtelturm, beim Gebiet Reininghaus, in Straßgang, die Martinhofsiedlung und GreenCity, in diesen allen Bereichen erwarten wir einen Fahrgastzuwachs. Um den abzuwickeln, hat sich die Verkehrsplanung Gedanken gemacht, das beginnt bei der Straßenbahn-anbindung der neuen Stadtteile Reininghaus und SmartCity. Beide Straßenbahnstrecken sollten nach derzeitigem Planungsstand gegen Ende 2019 in Betrieb genommen werden, es sollen dabei (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), danke, es sollen bei der heutigen Endhaltestelle Laudongasse, bei den endenden Straßenbahnlinien 3 und 6, diese neuen Straßenbahnabschnitte befahren werden. Die Planungen für das konkrete Betriebskonzept sind aber noch nicht abgeschlossen. Eine kurzfristige ÖV-Erschließung für Reininghaus wird die Buslinie 51 sein, diese haben wir bereits im Oktober hier im Gemeinderat beschlossen. Es wird mittelfristige Erschließungsmaßnahmen für den Grazer Westen geben, eine Neuordnung der Tangential-Buslinien 62 und 65, es wird eine neue Buslinie 66 geben, Anpassungen an den Linien 31, 32, 33. All diese Maßnahmen sind detailliert im Verkehrsausschuss vorgestellt worden. Auch interessant eine langfristige Erschließungsmaßnahme für den Grazer Westen. Nach dem derzeitigen Planungsstand soll die Südwest-Straßenbahnlinie ab Mitte des nächsten Jahrzehnts in Betrieb genommen werden, der Ausbau dieser Straßenbahnstrecke ist in mehreren Etappen bis in den Bereich Grottenhofstraße vorgesehen. Dabei werden vor allem die neuen Siedlungsgebiete, wie eben GreenCity und Martinhofsiedlung sind da noch unberücksichtigt, um jedoch eine Anbindung an diese Gebiete zu schaffen, ist auch gedacht, langfristig eine Verlängerung sicherzustellen, die entlang der Straßganger Straße bis auf die Höhe des Bades Straßgang vorgesehen ist und auch in den aktuell aufgelegten Flächenwidmungsplan eingetragen werden sollen. Weiters brauchen wir natürlich eine Erweiterung des Fuhrparks, hier soll es lange Straßenbahnwagen geben, von der Holding Graz Linien wird daher als erster Schritt die Ausstattung der 18 Cityrunner mit Verlängerungsmodulen vorgeschlagen. Dazu wird gerade eine Machbarkeitsuntersuchung erstellt. Das Gleiche gilt für die Busse, auch hier gibt es

Konzepte, dass überlange Busse erforderlich sein werden, auch dies soll geprüft werden. Hier gibt es mehrere Varianten, Doppelgelenkbusse, Bus-Züge mit Anhänger sowie überlange Gelenkbusse sind hier mögliche Varianten, auch das ist zu prüfen. Insgesamt als Fahrzeugbedarf kann noch gesagt werden, in Summe für den zukünftigen Busverkehr im Westen des Gebietes werden es neun zusätzliche Solo-Busse und 30 überlange Busse zu beschaffen sein, zeitgleich können aber 31 Gelenkbusse dadurch freigestellt werden. Zum Abschluss noch ein Appell, das ist ja ein Informationsbericht, wir hätten uns natürlich schon einen Beschluss gewünscht, da scheitert es an den Finanzen, darum auch der Appell, vor allem an die ÖVP, an den Finanzstadtrat, auch für dieses Projekt und diese wichtigen ÖV-Maßnahmen die Mitteln zur Verfügung zu stellen. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den vorläufigen Informationsbericht zur Kenntnis zu nehmen und ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank, Kollege Lohr. Dem letzten Satz ist nur hinzuzufügen, dass wünschen wir uns auch und es ist für uns unverständlich, den Grundsatzbeschluss, der geplant war, hier nicht möglich gemacht zu haben und somit nur einen Informationsbericht vorliegen zu haben. Die, glaube ich, ziemlich vollständig aufgezählten Vorhaben und Maßnahmen sind alle sehr, sehr wichtig. Es ist klar und bekannt, was im Grazer Westen Südwesten, aber auch im Nordwesten an neuem Zuzug, an Bautätigkeiten schon in Umsetzung, noch in Planung, bald in Umsetzung passiert. Warum ich dastehe, ist ein Punkt, der erste Absatz beschreibt dass dieser Masterplan für die Zeit bis 2025 und darüber hinaus gelten soll. Es ist die Südwest-Linie kurz angerissen und trotzdem fehlt sie zum Beispiel in der plangrafischen Darstellung am Stück, keinerlei Vermerk und Hinweis auf die Südwest-Linie, die in der ersten Baustufe ja bis leider erst Mitte der 2020er-Jahre in Betrieb genommen werden soll, wir hätten es uns früher gewünscht, aber wenn das in diese Richtung geht, dann sollte

das auch dementsprechend hier vermerkt sein und auch dementsprechend ausgeführt werden. In diesem Sinne erlaube ich mir, nebst zwei weiteren Punkten, die wir für den Grazer Westen für sehr wichtig halten, bei einem bin ich persönlich dem Dr. Peter Piffli-Percevic dankbar, nämlich, dass es auch um die Einbindung der GKB-Strecke auf mittlerer Sicht in die innerstädtische beziehungsweise Stadtgrenzen übergreifende schienengebundene ÖV-Dienstleistung geht. Mein Zusatzantrag mit drei Punkten. Erstens: Prioritäre Weiterführung der Planungsarbeiten für die Südwest-Linie inklusive Innenstadtentflechtung im Sinne der Projektgenehmigung, die der Gemeinderat beschlossen hat, bis zur Baureife. Zweitens: Fachliche Weiterarbeit an der Nordwest-Linie nach Gösting, auch im Grazer Westen, mit dem Ziel, auch für diese, für den Westen und insbesondere für den Nordwesten, bedeutende Straßenbahnprojekt ehestmöglich eine Projektgenehmigung für die Planung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen zu können und Drittens: Peter Piffli-Perčević, Punkt, den ich voll unterstütze, mittel- und langfristige Möglichkeiten der Einbindung der GKB-Strecke für die Verbesserung des innerstädtischen, aber auch des Stadtgrenzen überschreitenden Schienenverkehrs, das heißt Variantenprüfung, notwendige Adaptierungen usw. festzulegen und zu erheben. Über diese drei von mir aufgezählten Maßnahmen ersuche ich einen ergänzenden Informationsbericht dem Gemeinderat bis zur April-Sitzung vorzulegen. Ich ersuche um Annahme des Zusatzantrages (*Applaus Grüne*).

GR. **Haberler**: Frau Vizebürgermeisterin, geschätzter Herr Gemeinderat! Ich möchte nur ganz kurz auf den Zusatzantrag eingehen. Diese Punkte sind sehr wichtig und förderungswert, wir haben die auch so im Ausschuss besprochen, sind auch so zu Protokoll genommen worden und werden auch so berücksichtigt werden, weshalb nicht die Dringlichkeit eines Zusatzantrages gegeben ist und wir das deswegen von der Seite her ablehnen werden (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ja zum Zusatzantrag ist jetzt ein bisschen falsch verstanden worden vom Kollegen Dreisiebner. Natürlich sind das jetzt einmal in erster Linie die kurzfristigen Maßnahmen bis 2019, die hier im Vordergrund stehen, das heißt natürlich nicht, dass wir uns nicht darüber hinaus weiter Gedanken machen Südwest-Linie kommt natürlich, aber eben dieser Zusatzantrag passt jetzt nicht wirklich zu diesem Südwest-Programm, weil du führst da eben Dinge auf, die viel weitgreifender sind, da müsste wir dann sehr viele Berichte anfertigen, das würde eben über das Ziel schießen. Planungen sehen wir uns gerne an, sind auch vielfach vorhanden, die Finanzierung ist eben noch ungeklärt. Zur GKB auch noch ein Wort. Auch das natürlich ein Projekt, das man andenken kann, ist auch im Ausschuss besprochen worden, aber auch das, da dreht es sich auch um sehr langfristige Lösungen oder Projekte, die natürlich nicht bis 2019 möglich sind, sondern erst ab 2025 überhaupt angedacht werden könnten, weil hier geht es um Millionen-Beträge, hier müsste man natürlich das Land in Zug nehmen, die müssten das natürlich auch mitfinanzieren, weil wenn wir jetzt diese GKB-Strecke hernehmen würde, wie sie jetzt ist, und hier die Frequenz erhöht, dass man eben auch innerstädtische Straßenbahnwagen oder Züge, wie auch immer, dort fahren lässt, würde das bedeuten, dass die Bahnübergänge für den Kfz-Verkehr entweder blockiert werden ständig oder aufgelassen werden müssten beziehungsweise Unterführung gebaut werden müssten, da die Bahnschranken zur ganzen Zeit gesichert werden müssten. Das heißt, der Zusatzantrag ist so gesehen obsolet, weil er in anderer Weise sowieso bearbeitet wird und das jetzt einmal auf die nächsten Maßnahmen abzielt (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Berichterstatter: GR. Mayr

5) A 14-006570/2014/0006

04.01.1 Bebauungsplan

„Kalvariengürtel – Kalvarienbergstraße –
Grimmgasse – Austeingasse“

(1. Grazer Bebauungsplan)

1. Teiländerung (Liegenschaft

Austeingasse 26/30, Grst.Nr. 2097/2 und
2097/3)

IV. Bez., KG Lend

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen heute die oder möchten gerne die erste Änderung des ersten Grazer Bebauungsplanes beschließen, der im Jahr 1988 in dem Geviert Kalvariengürtel – Kalvarienbergstraße – Grimmgasse und Austeingasse, damals aufgelegt und beschlossen wurde. In einem Bereich, nämlich in der Austeingasse gab es damals einen Bestand, auf den entsprechend Rücksicht genommen wurde. Mittlerweile soll es dort zu einer Änderung kommen. Also im Prinzip geht es nur in diesem einen Grundstücksbereich um eine Änderung, die Auflage hat entsprechend den Vorschriften stattgefunden. Aufgrund der Einwendungen wurden Änderungen im Bereich der Pkw-Abstellplätze, nämlich hier eine reduzierte Möglichkeit und zusätzlich die Vorgabe für Radabstellplätze in den Bebauungsplan aufgenommen und der Antrag geht dahingehend, den Bebauungsplan bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen

Darstellung und dem Erläuterungsbericht und natürlich die Einwendungserledigungen zu beschließen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 04.01.1 Bebauungsplan „Kalvariengürtel – Kalvarienbergstraße – Grimmgasse – Austeingasse“ (1. Grazer Bebauungsplan), 1. Teiländerung (Liegenschaft Austeingasse 26/30, Grst.Nr. 2097/2 und 2097/3)“ bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. (FH) Schimautz

NT 6) Präs. 017657/2009/0020
A 8-018278/2009/0012
A 10/8-018831/2016/0001

Mobilitätsscheck für Studierende
Sommersemester 2016

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Der Mobilitätsscheck soll auch für Sommersemester 2016 nach den alten Konditionen weitergeführt werden. Dafür sind 80.000 Euro notwendig, die von Seiten der Holding Graz kommen sollen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale

Beziehungen und Menschenrechte, des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses und des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der Mobilitätsscheck wird auch im Sommersemester 2016 für Grazer Studierende zu denselben Bedingungen (Förderung in Höhe von € 30,- für eine 4-Monats-Studienkarte, in Höhe von € 35,- für eine 5-Monats-Studienkarte und in Höhe von € 40,- für eine 6-Monats-Studienkarte ebenso wie für Car-Sharing) zur Verfügung gestellt.
- Die erforderlichen Finanzmittel von € 80.000,- für das Sommersemester 2016 werden gemäß Punkt 1.5. des Verkehrsfinanzierungsvertrages 2 aus Transparenzgründen (vollständige Erfassung des Aufwandes für den ÖV in einer Einheit) von den Holding Graz Linien übernommen.

GR. **Dreisiebner**: Gut, dass es den Mobilitätsscheck weiter gibt, das war oder ist ja jedes Semester nicht ganz klar. Es wird sicher einiges über die Jahreskarte Graz umgewälzt, das ist ganz richtig, deswegen wird der Mobilitätsscheck vielleicht von der einen oder von dem anderen Studierenden nicht mehr abgeholt. Allerdings, wie es auch über die Medien dargestellt worden ist, dass die Jahreskarte Graz in jedem Fall das attraktivere Angebot wäre, dem ist so nicht zuzustimmen. Der Mobilitätsscheck ist in der gegenwärtigen Höhe nur, wenn man zweimal im Jahr die 6-Monats-Variante wählt, also im Sommer- wie im Wintersemester oder im Winter- wie im Sommersemester ungünstiger, Studenticketpreis abzüglich Mobilitätsscheck, als es die Jahreskarte Graz ist. Es wird dann schon anders, wenn man zum Beispiel zweimal fünf Monate und ganz deutlich, wenn man zweimal vier Monate in Anspruch nimmt und dann gibt es ja noch wahrscheinlich auch viele studierende junge Menschen in Graz, die die Studienkarte und damit den Mobilitätsscheck vielleicht nur im Wintersemester ziehen wollen oder

aus Gründen, dass sie den Studienort für ein oder zwei Semester verlegen, auch keine Jahreskarte in Anspruch nehmen möchten, für die ist der Mobilitätsscheck, ist die Studienkarte nach wie vor ein sehr wichtiges Momentum und es ist so, dass es hier Gott sei Dank die Weiterführung gibt. Was wir monieren ist, dass wir über die Jahre jetzt einen reduzierten, seit 2013, einen reduzierten Zuschuss Mobilitätsscheck haben im Vergleich zu den Jahren davor. Damals gab es für das 4-Monats-, für das 5-Monats-, für das 6-Monats-Modell 50 Euro Zuschuss. Es gibt heute den reduzierten Satz, das mag für manche von uns nicht wirklich viel sein, aber redet doch bitte einmal mit Studierenden, es ist nicht für jeden einfach, auf einmal entweder die Jahreskarte Graz, noch immer 228, die auf einmal abzuliefern sind, anzugehen oder eben bis zu 20 Euro verzichten zu müssen, die es früher gegeben hat. Dazu kommen noch Preiserhöhungen, Inflation in anderen Lebensbereichen, Wohn- und Mietpreise, ist heute schon in der Fragestunde diskutiert worden und angesprochen worden, und Ähnliches mehr. Faktum ist, wir haben eine sinkende Zahl an Mobilitätsscheck-Beziehern, wir haben einen geringeren Satz, wir könnten den jungen Menschen der akademischen Zukunft von morgen, die uns ja auch dann über die Steuerleistung, wenn sie uns am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, unterstützen, wenn sie in Graz ihre Karriere machen und sie auch wieder vieles zurückbringen, könnten und sollten wir nach unserer Ansicht etwas mehr zukommen lassen und in diesem Sinne unterstützen wir zwar das Stück Mobilitätsscheck, wie es vorliegt, wollen aber auch folgenden Abänderungsantrag einbringen: Aufgrund der sinkenden Anzahl an in Anspruch genommenen Mobilitätsschecks ist der Wert des Mobilitätsschecks wieder auf generell € 50,- pro Semester anzupassen. Diese Anpassung soll für alle drei Studienkarten-Modelle zur Anwendung kommen.

Ich ersuche um Annahme im Interesse und im Sinne der Studierenden in Graz. Danke.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 9) A 8/2-004660/2007-8

Änderung der Grazer Lustbarkeitsabgabeordnung 2003: Klarstellung

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ein Stück, das, wie uns der Herr ■■■ als zuständiger Bearbeiter im Ausschusserklärt hat, aus advokatorischer Vorsicht verfasst wurde, es wurde die Lustbarkeitsabgabeverordnungsnovelle 2015 im Dezember 2015 gemacht, wo Umsatzgrenzen in der Lustbarkeitsabgabeverordnung dem Verbraucherpreisindex angepasst wurden. Im Zuge dessen gab es auch offenbar eine sprachliche Undeutlichkeit in § 4 Abs. 1, der wurde neu gefasst jetzt und dort heißt es jetzt eben, die Lustbarkeitsabgabeordnung 2003, zuletzt kundgemacht, ich erspare uns den ganzen Text, erstens die Umsatzgrenzen des § 4 Abs. 1 sind Euro-Beträge und Punkt 2 heißt es, § 4 (2) lautet: Für die gemäß Absatz 1 zur Anlage gelangenden Abgabenbesätze ist der Jahresgesamtumsatz des Vorjahres des abgabepflichtigen Unternehmens oder der Unternehmen heranzuziehen, wobei bei Überschreiten einer Umsatzgrenze dann der maßgebliche Abgabeumsatz für den Gesamtumsatz gilt. Hintergrund sind sozusagen ein Schritt in Richtung Entgegenkommen für die innerstädtischen Kinolandschaften, kleinen Kinos. Die großen Kinos haben sich da ein scheinbares Schlupfloch ein wenig zunutze machen wollen und das will man damit eben vorsorglich sanieren, obwohl noch nichts passiert ist. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss den Antrag, der Gemeinderat wolle gestützt auf das Finanzausgleichsgesetz 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt in der Fassung BGBl. I Nr. 118/2015, sowie das Lustbarkeitsabgabegesetz 2003, LGBl.Nr. 50/2003, zuletzt in der Fassung LGBl.Nr. 118/2015, und das Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 in der Fassung LGBl.Nr. 77/2014, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.